

„Kein Anlass zur Selbstgefälligkeit“ – Die eindringliche Mahnung an Deutschland



Von **Tobias Kaiser**
Senior Editor Arbeit & Soziales

Veröffentlicht am 27.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Quelle: Getty Images/fhm

Die Ökonomen des Internationalen Währungsfonds warnen Deutschland wegen des bevorstehenden Mini-Wachstums. Das geplante Rentenpaket der Regierung kritisieren die Experten deutlich. Bei einigen Steuern sehen sie Potenzial für Erhöhungen.

Kevin Fletcher kennt die politischen Flure Berlins inzwischen. Seit einigen Jahren reist der Harvard-Ökonom für den Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Deutschland, spricht mit Ministerien, Behörden und Interessenvertretern, analysiert Risiken und Fortschritte. In diesem Jahr spürt der Leiter der Deutschland-Mission eine veränderte Stimmung in Berlin.

In seinen Gesprächen im Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministerium oder mit der Bundesbank sei eine deutlich gewachsene Dringlichkeit spürbar gewesen. „Wir spüren überall die Einsicht, dass jetzt entschlossene Maßnahmen nötig sind“, sagt Fletcher. Deutschland stehe an einem Punkt, an dem wichtige Weichenstellungen nicht länger aufgeschoben werden können. Eine Einschätzung, die IWF-Vertreter sonst selten so offen benennen.

Für den Regierungsstart vergeben Fletcher und seine Kollegen gute Noten. Die Lockerung der Schuldenbremse, die der Bundestag Anfang des Jahres beschlossen hat, sei eine „wegweisende Reform“. Der Fonds erwartet, dass die schuldenfinanzierten öffentlichen Investitionen das Wachstum hierzulande anstoßen werden. Dank der Staatsausgaben werde die deutsche Wirtschaft nach zwei Rezessionsjahren langsam wieder Tritt fassen, prognostizieren die Ökonomen in ihrem vorläufigen Abschlussbericht des Besuchs.

Sie rechnen nach einer Stagnation in diesem Jahr mit einem Plus von rund einem Prozent im Jahr 2026 und 1,5 Prozent im Jahr 2027. Allerdings warnt der Fonds davor, sich zu sehr auf die schuldenfinanzierten Staatsmilliarden zu verlassen: „Der kurzfristige Anschub ist kein Anlass zur Selbstgefälligkeit“, mahnt Fletcher. Die schnelle Alterung und das seit Jahren schwache Produktivitätswachstum seien eine schwere Hypothek für das langfristige Wachstum.

Bei der Rentenpolitik der Koalition wird Fletcher im Pressegespräch allerdings ungewohnt deutlich – und macht klar, dass der IWF das Rentenpaket, das die Koalition noch vor Jahresende durch den Bundestag bringen will, sehr kritisch sieht. Deutschland habe gerade erst eine Rentenkommission eingesetzt, die im Laufe des kommenden Jahres Vorschläge für eine grundlegende Reform des Rentensystems erarbeiten soll. Maßnahmen wie die Haltelinie beim Rentenniveau fortzuschreiben oder die Verlängerung der Mütterrente jetzt schon zu beschließen, bevor die Kommission überhaupt ihre Empfehlungen vorlegt, sei problematisch.

Fletcher formuliert es in bemerkenswerter Offenheit: Es sei entscheidend, „zu berücksichtigen, wie Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, zu späteren Reformen passen“, und sicherzustellen, dass Maßnahmen konsistent bleiben. Auf die Frage, ob die gegenwärtigen Schritte verfrüht seien, antwortet der Ökonom: „Idealerweise würden Rentenreformen ganzheitlich vorgenommen und nicht in Stücken.“ Die Botschaft ist klar: Die Bundesregierung droht, ohne Not Bindungen einzugehen, die eine spätere umfassende Reform einschränken könnten.

Zwei Empfehlungen für die Rentenkommission

Mit dieser Einschätzung spricht der IWF den Kritikern des Rentenpakets aus der Seele. Erst am Dienstag, beim Deutschen Arbeitgebertag (<https://www.welt.de/politik/deutschland/video6925d7f5f16c6fc79db3eaa0/auf-dem-arbeitgebertag-baerbel-bas-fuer-verteidigung-des-rentenpakets-ausgelacht.html>), stellte Johannes Winkel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Jugendorganisation Junge Union, genau die Frage, die auch der IWF implizit aufwirft: Warum beschließt die Politik ein kostspieliges Rentenpaket, wenn noch gar nicht klar ist, wie das Rentensystem künftig aussehen soll? „Wenn die SPD beteuert, wir wollen schnell eine große Rentenreform machen, dann kann man sich natürlich die Frage stellen, warum man ein Rentenpaket nicht einfach ein halbes Jahr verschiebt und zuerst über die Reform spricht und dann verbindliche Kosten beschließt“, sagte Winkel. „Das wäre die richtige Reihenfolge.“

Am Donnerstag will Bundeskanzler Friedrich Merz den Rentenstreit im Koalitionsausschuss lösen. Dass sich nun auch der IWF in das Lager der Kritiker des Rentenpakets einreihet, wenn auch in diplomatischem Ton, dürfte den Druck auf die Koalitionäre erhöhen, das auch von Ökonomen ungewohnt deutlich kritisierte Maßnahmenpaket zu stoppen.

Für die Rentenkommission hat der IWF auch zwei Empfehlungen (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fc8df3fcf35fc6883of1c7/die-antwort-auf-das-renten-raetsel-wie-wir-unseren-wohlstand-bewahren-koennen.html>): Erstens solle Deutschland erwägen, Renten künftig an die Inflation, statt an die Lohnentwicklung zu koppeln. Eine solche Indexierung sei international üblich. Zweitens drängt der IWF darauf, die Frühverrentung teurer zu machen. Die heutigen Regeln spiegelten die tatsächlichen Kosten für das System nicht wider. Eine präzisere Berechnung würde nicht nur Geld sparen, sondern auch Anreize schaffen, länger zu arbeiten, was langfristig den Fachkräftemangel abmildern könnte (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus691893bb2e02fdb8bd727257/frieren-fuer-den-wohlstand-so-funktioniert-das-finnische-experiment.html>). Als globaler Krisenmanager und Hüter der globalen Finanzstabilität erinnert der IWF Regierungen gern an das, was sie nicht hören wollen.

Entscheidend dafür sei auch, das Ehegattensplitting abzubauen, weil der hohe Grenzsteuersatz bei der gemeinsamen Besteuerung den Zweitverdienern zu wenig Netto vom Arbeitslohn lasse und damit Arbeit unattraktiv mache. Auch andere Ökonomen und Organisationen, wie die OECD, fordern seit mehr als einem Jahrzehnt die Abschaffung des Ehegattensplittings, um insbesondere die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen.

Auch in anderen Bereichen mahnen Fletcher und seine Kollegen Reformen an. Zu einem umfassenden Bürokratieabbau müsse gehören, Genehmigungsverfahren schneller und es Unternehmensgründern leichter zu machen. Zudem müsse Deutschland eine führende Rolle übernehmen, wenn es darum geht, den EU-Binnenmarkt zu vertiefen. Harmonisierte Unternehmensregeln auch im Digitalbereich, integrierte Kapitalmärkte und eine engere Kooperation in der Energieversorgung könnten Europas Wettbewerbsfähigkeit erheblich steigern.

Der IWF schlägt auch Maßnahmen vor, wie der Staat seinen Einnahmen verbessern kann, um die steigenden Ausgaben für Verteidigung, Demografie und Infrastruktur zu bewältigen, ohne dem Wachstum zu schaden. Deutschland erhebt im internationalen Vergleich niedrige Alkoholsteuern und eine vergleichsweise geringe Grundsteuer auf Immobilien. Beide Steuern könnten angehoben werden.

Zudem sollten Schlupflöcher bei der Erbschaftsteuer geschlossen werden. Damit dürfte der Fonds vor allem Unternehmenserben im Blick haben, die Firmenanteile steuerbegünstigt oder gar steuerfrei erben können. Eine Praxis, die bereits das Bundesverfassungsgericht kritisiert hat.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzcenter von WELT und „[Business Insider Deutschland](http://www.businessinsider.de) (<http://www.businessinsider.de>) “ erstellt.

[Tobias Kaiser](https://www.welt.de/autor/tobias-kaiser/) (<https://www.welt.de/autor/tobias-kaiser/>) verfolgt als Senior Editor Arbeit & Soziales die großen Verschiebungen in Arbeitswelt und Gesellschaft und die Reaktionen der Politik.